Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 2099

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. Zurückziehung des Beschlusses der Bundesregierung über Maßnahmen gegen Unternehmungen, die politische Organisationen verfassungsfeindlichen Charakters unterstützen.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird verpflichtet, den am 28. März 1951 bekanntgegebenen Beschluß über Maßnahmen gegen Unternehmungen, die politische Organisationen verfassungsfeindlichen Charakters unterstützen, sowie die im Sinne dieses Beschlusses an die Landesregierungen ergangenen Anweisungen sofort zurückzuziehen.

Der Bundestag erblickt in diesem Beschluß der Bundesregierung eine Verletzung des Artikels 3 des Grundgesetzes, in dessen Absatz 3 unter anderem festgesetzt ist, daß niemand wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf.

Der Bundestag erblickt in dem Beschluß der Bundesregierung eine Nötigung und eine Boykottmaßnahme, die nach ständiger Rechtsprechung sittenwidrig ist.

Bonn, den 31. März 1951

Renner und Fraktion

Druck: Peter Meier, Buisdorf-Siegburg
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 36
und Wiesbaden, Nietzschestr. 1